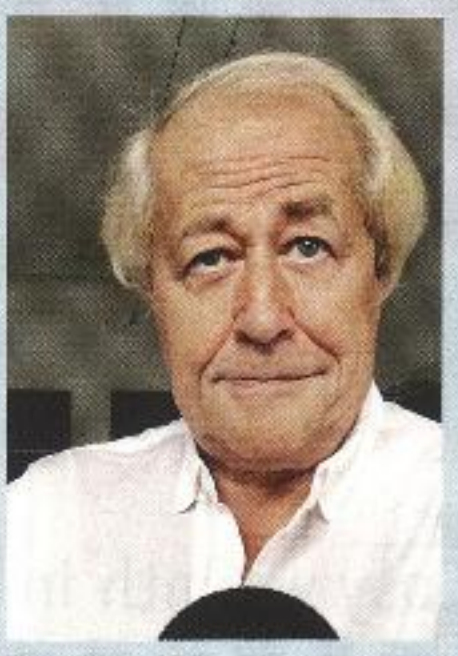
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

TV-Rituale: Was wirklich wichtig ist ...

Die Nachricht schlug bei den deutschen Medien ein wie eine Bombe: In Washington war ein Fahrrad umgefallen. Umgehend berichtete ARD-Korrespondentin Ina Ruck in einer Live-Schaltung direkt von ihrem außerordentlich authentisch wirkenden Stammplatz vor dem Weißen Haus über das dramatische Geschehen. Nach ersten Erkenntnissen handele es sich bei dem Objekt um ein altes schwarzes Herren-Fahrrad der deutschen Marke „Bismarck", das der heutige Besitzer von seinem deutschstämmigen Großvater geerbt habe. Ein terroristischer Hintergrund sei eher unwahrscheinlich. Man müsse davon ausgehen, dass der Umsturz einzig auf die Gesetze der Schwerkraft zurückzuführen sei.

„Alles alternativlos"

Kurz darauf trat in Berlin die Bundeskanzlerin vor die Presse und sprach sich für eine Versachlichung der „kontrovers und teilweise erbittert geführten öffentlichen Diskussion" aus. Es sei alternativlos, jetzt Schadensbegrenzung zu betreiben. Die Bundesregierung werde alles tun, um zu einer partnerschaftlichen und zielorientierten Übereinkunft zu gelangen. Angela Merkel schloss mit den Worten: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Gemeinsam werden wir es schaffen."

„Auf Augenhöhe"

Im Anschluss bezog der deutsche Außenminister in einer separat einberufenen Pressekonferenz Stellung. Zunächst verwahrte er sich ausdrücklich gegen überzogene Dramatisierungen der Medien. So habe eine Boulevardzeitung mit der Schlagzeile „Umsturz in Washington" den Bogen der Realitäten deutlich überspannt. Steinmeier weiter: „Es ist jetzt nicht die Zeit für gegenseitige Schuldzuweisungen und Spekulationen, sondern für eine bilaterale, solidarische Problemlösung auf Augenhöhe".

„Schwarzer Tag"

Im Namen der „Grünen" sprach Katrin Göring-Eckardt in ihrem fast alltäglichen Polit-Statement für die ARD von einem „schwarzen Tag für alle anständigen Deutschen". Sie warnte vor einem „Bicycle-Gate" mit unabsehbaren Konsequenzen. Das Fahrrad stehe als zeitloses Symbol für verkehrspolitische Korrektheit, alternative Lebensart und multikulturelle Überzeugung. Wer sich „diesseits oder jenseits des Atlantiks" an diesem Symbol vergreife, müsse mit dem entschlossenen Widerstand der „Grünen" rechnen.

„Ziemlich zynisch"

Da Sahra Wagenknecht wegen eines wichtigen Friseurtermins verhindert war, durfte für „Die Linke" ein Mann namens Riexinger vor die ARD-Kamera treten. Der eingeblendete Untertitel wies ihn zur Überraschung der Zuschauer als Parteivorsitzenden aus. Mehr als beschämend und zynisch sei, dass es sich bei dem umgefallenen Fahrrad um ein deutsches Fabrikat aus einer prädemokratischen Epoche handele. Der Name „Bismarck" stehe heute nicht nur für Heringe, sondern auch für mit eiserner Hand erfolgte Unterdrückung der Werktätigen im Kaiserreich. Zur Verhinderung weiterer derartiger Skandale sei ein gesetzliches Exportverbot für alle Waren überfällig, deren Namensgebung das deutsche Ansehen im Ausland durch unerwünschte Assoziationen beeinträchtigen könne.

„Voll konsequent"

Hinter den Kulissen erfolgte Versuche von FDP und AfD, sich ebenfalls mit 1:30-Statements politisch in Erinnerung zu bringen, scheiterten am Abwehr-Argument der „Tagesschau"-Redaktion, dass sich übergreifende Ausgewogenheit naturgemäß auf die im Bundestag vertretenen Parteien beschränken müsse. Wie immer zu Wort kam dagegen der Präsident des Europäischen Parlaments, der das aktuelle Geschehen zunächst in einen gesamteuropäischen Zusammenhang stellte. In diesem Sinne kündigte Martin Schulz eine alsbaldige EU-Gesetzesinitiative an, die die schnellstmögliche Nachrüstung aller im Markt befindlichen Fahrräder mit ISO-zertifizierten, seitlich montierten Stützrädern vorschreiben werde. Als Termin für die gesetzgeberische Umsetzung in den 28 Mitgliedsstaaten sei der 1. Januar 2035 vorgesehen. Dieses konsequente Vorgehen zeige erneut eindrucksvoll die Entscheidungsfähigkeit, Bürgernähe und Schlagkraft der europäischen Institutionen bei der supranationalen Wahrnehmung von Verantwortung für künftige Generationen.

„Systembedingt"

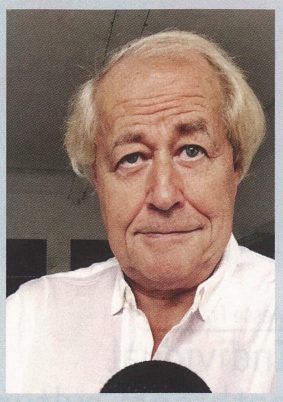
Zur akademischen Abrundung kam in der „Tagesschau" ein bislang eher unbekannter Politikwissenschaftler zu Wort, der – mit Blick auf den Zwischenfall in Washington – vor „disruptiven Interdependenzen, empathischen Konfliktsteigerungspotenzialen und ökosozialen Politinklusionen" warnte, die die deutsch-amerikanischen Beziehungen tendenziell und nachhaltig belasten könnten. Generell seien Fahrräder systembedingt als gefahrgeneigt einzustufen. Der aufrechte Betrieb setze ein gewisses Mindesttempo voraus. Der Professor weiter: „Bei Stillstand wächst die Gefahr eines Umsturzes."

„Postfaktisch"

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Zwischenfalls und seiner Kommentierungen entschied die ARD kurzfristig, alle hier zitierten Statements im Rahmen einer Sondersendung nach der „Tagesschau" dem erstaunten Publikum nochmals in voller Länge zu Gehör zu bringen. Gerade in populistisch aufgeheizten, postfaktischen Zeiten komme es – so ein Sprecher – mehr denn je auf sachliche, objektive und umfassende TV-Berichterstattung an, um dem von interessierter Seite inszenierten Trend zur Dramatisierung und Skandalisierung von Nachrichten entgegenzuwirken. Dabei setze man nicht auf ritualisierte Abläufe und Formate, sondern auf flexible Ausrichtung an den tatsächlichen Wünschen und Interessen der Fernsehzuschauer.

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus



Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Boom am Bau

Trotz der weltweiten Krisen und Verwerfungen ist Deutschland mit wirtschaftlichem Schwung in das Jahr 2017 durchgestartet. Als Treiber wirkt vor allem die durch den hohen Beschäftigungsgrad und steigende Reallöhne beflügelte starke Binnennachfrage. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Dezember auf den höchsten Stand seit 2012 gestiegen. Auch der Export erweist sich stabil, wie der im November 2016 erreichte Ausfuhrrekord zeigt. Zu den derzeit konjunkturell besonders begünstigten Branchen gehört der Bau- und Ausbaubereich. Seit der Wiedervereinigung ist es den Baufirmen noch nie so gut gegangen. Für das laufende Jahr rechnet die Bauwirtschaft mit einem Umsatzwachstum von 5%. Motor ist unverändert der Wohnungsbau, der um satte 7% zulegen soll. Die Zahl der Fertigstellungen soll von rund 290.000 Wohnungen im vergangenen Jahr auf etwa 320.000 Einheiten in 2017 steigen. Dennoch werde dieses Ergebnis unter dem tatsächlichen Bedarf von jährlich mindestens 350.000 neuen Wohnungen bleiben. Als Bremsfaktor wirkt zunehmend der Mangel an Fachpersonal.

Wettbewerbsfähigkeit

Der Standort Deutschland hat bei den Familienunternehmen an Beliebtheit verloren. Elf der im Rahmen des neuen „Länderindex Familienunternehmen" untersuchten 18 Industriestaaten schneiden besser ab. Deutschland konnte sich nur auf Rang 12 platzieren. Vor allem die Steuerpolitik ist dabei, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu schwächen. Die novellierte Erbschaftsteuer, die SPD-Politikern zufolge nach der Bundestagswahl verschärft werden soll, dürfte zu einem weiteren Abrutschen im Steuer-Ranking führen. Als weiteren Schwachpunkt identifiziert die Studie die im Vergleich allenfalls mittelmäßigen Bildungsstandards. Die Integration der Migranten stellt das Bildungssystem vor völlig neue Herausforderungen. Kritisch sehen die Familienunternehmen auch die Neigung der Politik, die eigentlich gute Lage der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherung durch immer neue Leistungsausweitungen in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege zu untergraben. Stagnierende Zufriedenheitswerte haben sich auf den Feldern Arbeitskosten / Produktivität, Infrastruktur und Energie ergeben.

Enteignung der Sparer

Im Dezember sind die deutschen Verbraucherpreise – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 1,7% gestiegen und haben damit die höchste Teuerungsrate seit Juli 2013 erreicht. Als Preistreiber wirkten Energie (+2,5%), Nahrungsmittel (+2,5%) und Wohnungsmieten (+1,5%). Das ifo-Institut rechnet für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Inflationsrate auf 1,5%. Da sich bei den Haben-Zinsen noch keine Bewegung abzeichnet, wird die faktische Enteignung der Sparer eine neue Dimension erreichen. Laut „Handelsblatt" horten die Bundesbürger derzeit über 5 Billionen Euro. Bei einer Inflationsrate von 1% erreicht die Wertvernichtung folglich jährlich 50 Mrd. Euro. Die Hoffnung, die EZB werde schon bald die Zinsen anheben, dürfte sich als trügerisch erweisen. Denn: Draghi hat durch die wahnwitzige Geld- und Nullzinspolitik seinen Handlungsspielraum immer weiter reduziert. Außerdem zeigt sich hier in aller Brutalität der zentrale Konstruktionsfehler der Währungsunion. Der völlig uneinheitliche Wirtschaftsraum ist längst noch nicht reif für eine einheitliche Geldpolitik. Die Taylor-Regel, die anhand von Inflationsrate und Arbeitsmarkt den angemessenen Leitzins für ein Land berechnet, kommt für Deutschland zu einem Zinssatz von 6,2%, für Frankreich auf 1,1%, für Italien auf minus 1,8%, für Spanien auf minus 3,7% und für Griechenland auf minus 11,7%. Für das mit 2,2 Bio. Euro verschuldete Italien würde eine Zinserhöhung von 1% eine zusätzliche Haushaltsbelastung von 22 Mrd. Euro pro Jahr auslösen. Deutschland, das Staatsschulden in Höhe von 2,16 Bio. Euro hat, müsste jährlich 21,6 Mrd. Euro zusätzlich stemmen. Das aber wäre nur durch rigide Sparmaßnahmen oder Steuererhöhungen zu realisieren, die keine um Wiederwahl bemühte Partei ihren Wählern zumuten wird.

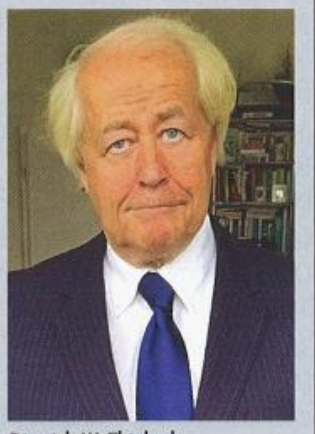
Politische Lebenslügen

Der SPD-Vorsitzende Gabriel hat kürzlich in einem „Spiegel"-Interview erklärt, dass sich die Euro-Zone längst zur Transfer-Union entwickelt habe. Diese eklatante Abweichung von den bisherigen regierungsamtlichen Sprachregelungen hat bemerkenswerterweise weder den Regierungssprecher noch einen CDU-Politiker zur „Richtigstellung" veranlasst. Abzuwarten bleibt, ob die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister an ihren europapolitischen Lebenslügen festhalten werden. In diese desinformatorische Kategorie gehören beispielsweise auch die ständig wiederholten Behauptungen, Griechenland werde seine Schulden selbstverständlich zurückzahlen und bei den Target2-Salden handele es sich nur um Verrechnungsgrößen. Die Realitäten sehen anders aus: Allein die italienischen Verpflichtungen im europäischen Zahlungsverkehrssystem lagen im Oktober bei rund 360 Mrd. Euro. Da der Anteil Deutschlands am EZB-Kapital ohne Italien 31% beträgt, käme bei einem Ausfall des Schuldners Italien ein Verlustanteil von etwa 112 Mrd. Euro auf den deutschen Steuerzahler zu. Unerklärlich ist, dass Bundesregierung und Bundesbank nicht auf einer Absicherung der deutschen Target2-Forderungen durch die Schuldenländer bestehen. Dafür würden sich beispielsweise deren erhebliche Geld- und Devisenreserven anbieten. Fakt ist: Entgegen der ursprünglich erklärten Absicht und der entsprechenden Verträge ist die Währungsunion durch die EZB-Geldpolitik längst zur Transfer- und Haftungsgemeinschaft mutiert.

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

„Schleichender Prozess"

Die europäische Währungsunion ist wegen zu großer Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern gefährdet. Zu diesem nicht gerade überraschenden Ergebnis kommt eine neue Studie, die unter Mitwirkung des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) entstanden ist. Der Maastricht-Vertrag habe sein Ziel verfehlt, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen. Das Gegenteil sei eingetreten: Die Differenzen hätten sogar zugenommen. Die EZB könne den unterschiedlichen Konjunkturlagen nicht gerecht werden und sei daher permanent überfordert. Der Euroraum werde nur durch historisch einzigartige, große Hilfskredite sowie durch die extrem expansive Geldpolitik der EZB zusammengehalten, die sich damit „an den äußersten Grenzen ihres Mandats" bewege. Die Wirtschaftswissenschaftler weiter: „Die Grundfeste der Eurozone wurden im Zuge der Rettungsmaßnahmen schwer beschädigt". Der Euroraum befinde sich „in einem schleichenden Prozess zu einer Haftungs- und Transferunion", der demokratisch nicht abgesichert und damit fragil sei. Hinzu komme, dass Reformzusagen und Stabilitätsvorgaben von den Schuldenländern nicht eingehalten würden.

„Existenzielle Probleme"

Vor dem Hintergrund des 25 jährigen Jubiläums des Vertrags von Maastricht fand kürzlich ein – von der Öffentlichkeit unbeachtetes – Symposium der Deutschen Bundesbank statt. Der Chefvolkswirt sprach dabei von „existenziellen Problemen" der Währungsunion, die von Kritikern je nach Lesart als „Hegemonieprojekt" oder „Transferunion" bezeichnet werde. Er plädierte dafür, die Verbindung zwischen angeschlagenen Banken und Staatsfinanzen zu lösen. Aus den umstrittenen Anleihekäufen der EZB entstehe die Gefahr, auf eine schiefe Ebene zu geraten. Die Notenbanken verlören ihre Unabhängigkeit, wenn sie Hauptgläubiger der Staaten würden. Der Finanzwissenschaftler Kai Konrad forderte eine Rückkehr zum No-Bailout-Prinzip: „Eine weitere Zentralisierung oder gar eine Transferunion werden die Völker nicht mitmachen". Dass diese berechtigten Appelle in der jetzigen EU-Realität keine Chance auf Berücksichtigung haben, zeigte am selben Tag eine EZB-Veranstaltung in Brüssel. Thema dort war die Absicht, die Bankbilanzen über eine europaweite „Bad Bank" von faulen Krediten zu bereinigen, die sich bereits auf über 1 Billion Euro summieren. Nur zum Vergleich: Das deutsche BIP lag 2016 bei 3,13 Billionen Euro. Die Vergemeinschaftung von Risiken zulasten des deutschen Steuerzahlers steht also nicht nur bei der EZB, sondern auch bei den südeuropäischen Schuldenländern weiterhin ganz oben auf der Polit-Agenda.

Exportüberschuss

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 mit einem Exportanstieg um 1,2 % auf 1,2 Billionen Euro zum dritten Mal in Folge einen Ausfuhrrekord erzielt. Dabei wuchs das Auslandsgeschäft mit den EU-Ländern um 2,2 %, während das mit dem Rest der Welt um 0,2 % zurückging. Auch der Exportüberschuss von knapp 253 Mrd. Euro erreichte einen neuen Spitzenwert, was die internationale Kritik weiter befeuern dürfte. Für das laufende Jahr rechnet der BGA mit einem erneuten Exportplus von „bis zu 2,5 %".

Soll und Haben

EZB-Chef Draghi hat in einem Brief an italienische Parlamentarier erklärt: „Falls ein Land das Eurosystem verlässt, muss dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der EZB vollständig ausgleichen". Diese an sich selbstverständlich klingende Feststellung wirft Fragen auf nach der Realisierbarkeit im Ernstfall. Wie und bei wem sollte Deutschland, das gegenwärtig Target 2-Forderungen in Höhe von fast 800 Mrd. Euro gegenüber den übrigen Euro-Ländern hat, diese Ansprüche geltend machen, wenn ein Schuldenland aus dem Währungsverbund austritt und den Staatsbankrott erklärt? Ifo-Chef Fuest hat davor gewarnt, dass das Risikovolumen dank einer unkontrollierten Kapitalflucht nach Deutschland explodieren könne. Und er hat für den Fall, dass sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen Le Pen durchsetzen sollte, die unverzügliche Einführung von Kapitalverkehrskontrollen in Europa gefordert. Dass sich mittlerweile führende Ökonomen im unverbrämten Klartext zu nicht mehr ausschließbaren Extrem-Szenarien äußern, offenbart die schwelende Dramatik der weitestgehend ungelösten Euro-Krise.

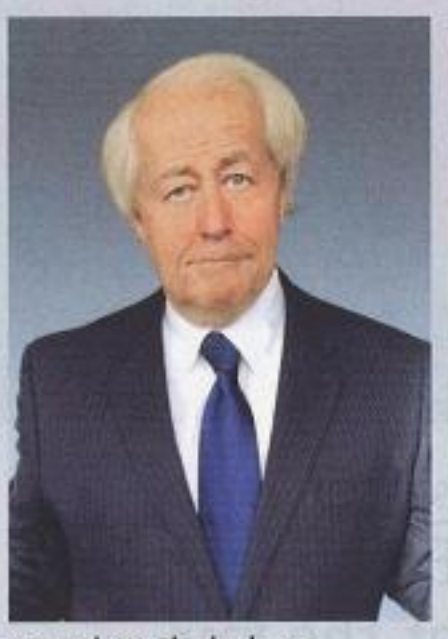
Frage des Vertrauens

Vertrauen ist offenbar ein äußerst scheues Reh. Nur 38% der Bundesbürger glauben - einer neuen Studie zufolge - mittlerweile noch, dass das politische System hierzulande grundsätzlich funktioniert. Gegenüber der Vorjahresbefragung haben Regierungen und Medien weiter an Vertrauen eingebüßt, während die Wirtschaft leicht zulegen konnte. Deutlich verloren haben auch die NGOs, die über lange Jahre hinweg mit ihrem selbst verpassten Robin-Hood-Image auf den Wellen der wohlwollenden öffentlichen Wahrnehmung gesurft sind. Schaden genommen haben dürfte das Ansehen mancher Weiße-Ritter-Organisationen vor allem durch die Erkenntnis, dass hehre gemeinnützige Zielvorgaben mitunter nur als Lokomotive zur Kaschierung ideologischer Indoktrination und/oder kommerzieller Geschäftsmodelle missbraucht worden sind. Die Grauzone, in der sich einige NGOs dank z.T. erheblicher staatlicher Subventionierung als finanzielle Existenzsicherung so mancher Akteure selbstzweckhaft etabliert haben, verdient kritische Beobachtung. Darunter leidet naturgemäß die große Mehrheit der integren Organisationen, die sich mit offenem Visier ehrenhaft für unterstützungswürdige Ziele einsetzen.

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Extreme Target-Risiken

Die Wirtschaftsweisen haben ihre Konjunkturprognose für Deutschland in 2017 um 0,1 % auf 1,4 % angehoben. Außerdem hat der Sachverständigenrat die vielfach geäußerte Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss als „nicht stichhaltig" zurückgewiesen. Von einem gesamtwirtschaftlichen „Ungleichgewicht" könne keine Rede sein. Dennoch sei die Bundesregierung aufgerufen, den Überschuss durch verstärkte Investitionsförderung zu reduzieren. Prof. Hans-Werner Sinn hat den „Export-Boom" kürzlich in einem hervorragenden Interview vor allem auf die doppelte Unterbewertung der Währung zurückgeführt. Einerseits sei Deutschland innerhalb des Euroraums um 20 % unterbewertet, andererseits entspreche der Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar, der zurzeit bei etwa 1,07 liegt, nicht der durch die OECD ermittelten Kaufpreisparität von 1,29. Dieser realitätsferne Zustand trägt unter anderem dazu bei, dass ausländische Investoren derzeit deutsche Unternehmen weit unter Wert erwerben können. Der frühere ifo-Chef widerspricht übrigens der von Politikern gerne vorgetragenen Behauptung, Deutschland gewinne durch den Exportboom an Wohlstand. Sinn weiter: „Deutschland verkauft seine Waren zu einem erheblichen Teil gegen Kreditfinanzierungen der Bundesbank, die sogenannten Target-Kredite. Die liegen mittlerweile bei der Hälfte des deutschen Nettoauslandsvermögens. Die Gefahr ist groß, dass diese Kredite niemals bedient werden". Nur am Rande: Die deutschen Target2-Forderungen sind im Februar auf einen neuen Rekordstand von 814 Mrd. Euro gestiegen.

Wie im Kaufladen...

Zur Tatsache, dass die Notenbanken des Eurosystems derzeit Staatspapiere und andere Schuldtitel in Höhe von 2,3 Billionen Euro zurückkaufen, merkt Sinn an: „Die Notenbanken sind Einrichtungen mit beschränkter Haftung. Der jeweilige Staat hat keine Nachschusspflicht. Das heißt, wenn die Notenbanken überschuldet sind und ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen können, gehen sie pleite". Spätestens, wenn ein Land aus dem Euro austrete, sei eine solche Pleite wahrscheinlich, weil dann den Euroschulden Forderungen in abgewerteter heimischer Währung gegenüber stünden. Der auch international renommierte Wissenschaftler bringt das komplexe Geschehen auf folgenden einfachen Nenner: „Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Kaufladen und Ihre Kunden lassen immerzu anschreiben. Dann können Sie zwar ihre Waren als verkauft verbuchen, aber wenn Sie auf Ihre Forderungen keine Zinsen bekommen, sie auch nicht fällig stellen können und schließlich beim Konkurs des Käufers vollends verlieren, haben Sie ein schlechtes Geschäft gemacht."

„Verquere Semantik"

Für die Zukunft rechnet Hans-Werner Sinn damit, dass die EZB die Inflation in Deutschland befeuern werde, statt Südeuropa in die Deflation gleiten zu lassen. Um die Schuldenländer nicht in soziale Unruhen und in die Pleite zu treiben, wolle man den bequemeren Weg einer Inflationierung Deutschlands gehen. Die Bundesrepublik müsste theoretisch zehn Jahre lang um etwa 4,5 % inflationiert werden, um das Problem der ungleichen Preise in der Eurozone zu lösen. Damit seien entsprechende Kaufkraftverluste für die deutschen Sparer verbunden. Einem Anleger, der mit einem Kapital von 100.000 Euro starten würde, blieben also nach dieser Inflationsdekade kaufkraftmäßig ganze 55.000 Euro. Bemerkenswerterweise strebt die EZB, die vorgibt, der Preisstabilität verpflichtet zu sein, seit Jahren ganz offiziell eine Euroraum-Inflationsrate von 2 % an. Diese willkürliche Manipulation ist bisher von den meisten Politikern unkritisch übernommen worden. Dazu Sinn: „Das ist eine verquere Semantik. Fallen die Preise, haben wir Deflation, steigen sie, haben wir Inflation. Deutschland befindet sich längst in einem inflationären Prozess, zumal die Sparzinsen fast bei null sind. Wir erleben eine zunehmende Enteignung der Sparer".

Italienische Verhältnisse

Mit Blick auf das vorgeschobene Alibi der „Preisstabilität" für die faktische Inflationierung muss man sich – so Sinn – fragen, „ob wir für dumm verkauft werden." Diese fatale Entwicklung sei nur dadurch zu bremsen, dass die EZB endlich die virtuelle Gelddruckerei einschränke. Genau dies werde aber systematisch von der EZB und den südeuropäischen Ländern verhindert, die mehr Inflation wollten, „um das Staatsschuldenproblem elegant loszuwerden." Jetzt herrsche italienische Geldpolitik. Als Gewinner dieser gewollten Inflationspolitik bezeichnet Sinn „Schuldner wie Häuslebauer, Wohnungskäufer und den Staat." Verlierer seien Gläubiger wie private Sparer, die allein im Jahr 2015 Zinsverluste von 91 Mrd. Euro erlitten haben. Und den Eurokrisenländern seien bis einschließlich 2015 Nettozinszahlungen in Höhe von 373 Mrd. Euro erspart geblieben. Zur Frage, warum Deutschland seine berechtigten Interessen in den EZB-Gremien nicht konsequenter wahrnehme, zieht der Ökonom ein desillusioniertes Fazit: „Bundesbank-Chef Weidmann erhebt seine Stimme deutlich und oft. Doch wird er im EZB-Rat ständig überstimmt, weshalb sein Vorgänger Axel Weber ebenso das Handtuch warf wie der deutsche Ex-Chefvolkswirt der EZB, Jürgen Stark. Im Moment kämpft Weidmann einsam und tapfer. Aber selbst bei deutlich höheren Inflationsraten wird er kaum eine Mehrheit auf seine Seite bringen." Den wegen der völlig verfahrenen Situation ebenso ratlosen wie besorgten Bürgern empfiehlt der langjährige ifo-Chef: „Werden Sie politisch aktiv, um der Enteignung ein Ende zu machen!"

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

„Sehr gute Dinge"

Die Welt scheint nicht viel aus der Finanzkrise 2007/2008 gelernt zu haben. Die Schulden aller Länder sind 2016 um 7,6 Billionen auf 215 Billionen Dollar gestiegen. Damit übertreffen sie die globale Wirtschaftsleistung mittlerweile um 325 %. Die Industriestaaten stehen derzeit mit 160 Billionen Dollar in der Kreide. Das entspricht fast dem vierfachen BIP dieser Länder. Hauptursächlich für diesen Anstieg ist die staatliche Neuverschuldung, die sich in Ländern wie den USA und Großbritannien seit 2008 mehr als verdoppelt hat. In Japan ist sie seither „nur" um etwa 50 % gestiegen. Weiterhin versuchen die Notenbanken, mit billigen Krediten die Wirtschaft anzukurbeln. Die Stunde der Wahrheit kommt, wenn die US-Notenbank ihre Ankündigungen wahrmacht und die Leitzinsen – wie angekündigt – deutlich erhöht. In dem Zusammenhang hat der amerikanische Informationsdienst zerohedge.com ein regelrechtes Horror-Szenario an die Wand gemalt. Als erste Gefahr wird der Absturz der Aktienkurse um bis zu 50 % genannt. Dem US-Immobilienmarkt, der in den letzten Jahren eine heftige Preisblasenbildung erlebt habe, stehe ebenfalls eine tiefe Korrektur bevor. Auch die Studentenkredite, deren Wert über eine Billion Dollar ausmache, würden durch höhere Zinsen massiv tangiert. Schon jetzt seien 27 % der Studenten in Zahlungsverzug. In dieser zweifellos sensiblen Phase kündigt der neue US-Präsident „sehr gute Dinge" für die Banken an. Gemeint ist damit eine Abkehr von der nach der letzten Finanzkrise eingeführten (relativ) strengen Bankenregulierung.

„The day after"

Auch in der EU kann von ökonomisch heiler Welt keine Rede sein. Vor allem den südlichen Ländern der Euro-Zone, die ihren Schuldenstand angesichts der durch die EZB gedrückten Zinsen extrem erhöht haben, droht bei einer Abkehr von der ultralockeren Geldpolitik erhebliches Ungemach. Spaniens Staatsschulden haben sich seit 2008 von 440 Mrd. auf knapp 1,2 Billionen Euro fast verdreifacht. Der italienische Schuldenstand ist von 1,67 Billionen in 2008 auf aktuell 2,27 Billionen gestiegen. Sobald die Zinsen steigen, werden diese Länder zusätzliche Kosten zu tragen haben, die über ihre Leistungsfähigkeit hinausgehen. Stark betroffen wären auch die Länder Griechenland, Portugal und Frankreich. Vor einer gefährlichen Abwärtsspirale warnt die Bank of America in einer neuen Studie mit dem nicht gerade hoffungsvollen Titel „The day after the Euro".

„Unwucht erzeugt"

Anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat Prof. Hans-Werner Sinn folgende kritische Zwischenbilanz gezogen: „Die Römischen Verträge haben Europa über Jahrzehnte Frieden und Prosperität gebracht. Doch dann wurde die Politik übermütig. Mit dem Maastrichter Vertrag (1992) und dem Lissabon-Vertrag (2007), konkret mit dem Euro und den Regeln zur Freizügigkeit und sozialen Integration entstanden Systeme der Umverteilung und Gemeinschaftshaftung, die zum Missbrauch einluden. Diese haben inzwischen eine Unwucht erzeugt, die die EU zerstören kann. Der EU-Austritt der Briten und das anhaltende Industriesterben in Südeuropa sind sichtbare Folgen des Leichtsinns. Um die Union zu stabilisieren, müssen die EU-Verträge dringend geändert werden." Der Ökonom hält folgende vier Reformen für dringend geboten:

- die Verhinderung von Zuwanderung in die Sozialsysteme
- die Erlaubnis temporärer Austritte einzelner Länder
- die Schaffung einer Konkursordnung für Staaten
- den jährlichen Ausgleich der Target-Salden

Explosive Sozialkosten

Die Aufnahme der Migranten lässt die Sozialkosten hierzulande explodieren. Laut Bundesregierung ist schon 2015 mit einem „Sozialbudget" von 888,2 Mrd. Euro ein neuer Rekord aufgestellt worden. Diese von deutschen Behörden und Sozialversicherungen gezahlten Sozialleistungen sind zu etwa je einem Drittel von Arbeitgebern, Versicherten und vom Staat finanziert worden. Der Anteil der Sozialleistungen am BIP, der im letzten Jahrzehnt durch die Agenda 2010 auf 26,8 % zurückgegangen war, stieg bis 2015 auf 29,4 %. Diese Quote dürfte 2016 nochmals deutlich übertroffen worden sein. Offizielle Zahlen zu den realen Sozialkosten der Zuwanderung liegen nicht vor. Die politisch Verantwortlichen tun alles, um der Bevölkerung die unpopulären Tatsachen zu verheimlichen. Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen rechnet selbst bei einer gut funktionierenden Integration mit langfristigen Zusatzkosten von mindestens 900 Mrd. Euro, was bekanntlich fast einem Drittel der jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung entspricht. Und selbst diese gewaltige Summe verkörpere ein „unrealistisch positives Szenario", könne also tatsächlich noch viel höher liegen. Würde sich die Bundesregierung wie ein ehrbarer preußischer Kaufmann verhalten, müsste sie entsprechende Rückstellungen bilden.

Statistische Armut

Parteien, die mit opulenten Wahlgeschenken Stimmen gewinnen wollen, argumentieren häufig mit der angeblich verbreiteten sozialen Ungerechtigkeit. Als Büchsenspanner wirken Organisationen wie der Paritätische Wohlfahrtsverband, der kürzlich meldete, die Armutsquote in Deutschland sei auf einen neuen Höchststand von 15,7 % angestiegen. Nach der hier angewandten Median-Methode verschwindet Armut übrigens nur dann, wenn alle Personen dasselbe Nettoeinkommen haben. Schon Churchill traute angeblich nur den Statistiken, die er selbst gefälscht hatte....

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

„Außenhandelswunder"

Der aktuelle Konjunkturverlauf übertrifft alle Erwartungen. Im März wurde mit 118,2 Mrd. ein neuer Exportrekord aufgestellt. Gegenüber dem Vorjahresmonat wuchsen die Ausfuhren um 10,8 %, die Importe legten um 14,7 % zu. Die nicht gerade zur Euphorie neigende FAZ spricht von einem „deutschen Außenhandelswunder". Generell hat sich die Zuversicht in den deutschen Unternehmen – laut ifo-Index – weiter erhöht. Die Wirtschaft profitiert von der anziehenden Weltkonjunktur und am Binnenmarkt vom starken Konsum und anhaltenden Bauboom.

Profiteur des Brexit?

Deutschland erfreut sich wachsender Beliebtheit bei ausländischen Investoren. Auf der Rangliste der attraktivsten Zielländer ist die Bundesrepublik, die 2013 noch auf Rang 7 dümpelte, in diesem Jahr auf Platz 2 vorgerückt. Auf dem ersten Platz konnten sich die USA behaupten. Das hat die neueste Befragung von 1.000 global agierenden Unternehmen durch A.T. Kearney ergeben. Deutschlands gute Position lasse sich nicht allein „mit seiner wachsenden Wirtschaftskraft, stabilen Politik und transparenten Regulierung" erklären, sondern auch mit seiner Einbettung in den weltweit größten Binnenmarkt. Außerdem werde die Bundesrepublik möglicherweise als einer der großen Gewinner aus dem Brexit hervorgehen.

„Helden der Krise"

Der IWF erwartet für 2017 ein Wachstum der Weltwirtschaft um 3,5 %. Wer sich mit den Hintergründen und Ursachen des weltweiten Aufschwungs befasst, kann die extrem expansive Geldpolitik als zentralen Treiber nicht übersehen. Seit Jahren sorgen die nationalen Zentralbanken mit Niedrigstzinsen, die die Gesetze der Volkswirtschaft auszuhebeln scheinen, für geflutete Märkte und virtuell gute Stimmung. So hat die Bundesregierung wegen der marginalen EZB-Leitzinsen von 2008 bis 2016 fast 150 Mrd. Euro weniger für ihre Schulden aufbringen müssen. Die IWF-Chefin hat die Notenbanker als „Helden der Krise" gelobt. Für Malte Fischer, den Chef-Volkswirt der „Wirtschaftswoche", ist diese Geldpolitik nicht heldenhaft, sondern „desaströs". Das von Noten- und Geschäftsbanken aus dem Nichts geschöpfte Geld habe der Welt immer wieder schwere Finanz- und Bankenkrisen beschert. Fischer weiter: „Die typische Dauer eines solchen Finanzzyklus beträgt 15 bis 20 Jahre. Am Anfang verleiht das billige Geld der Konjunktur Flügel. Zieht die Inflation an, erweisen sich viele Investitionsprojekte als unrentabel. Die mit Schulden aufgepumpte Preisblasen platzen und stürzen die Wirtschaft schließlich in die Krise". Die wundersame Geldvermehrung hat offensichtlich und unvermeidlich ihren Preis. Nach Lage der Dinge werden wir alle dafür bezahlen müssen.

Export auf Pump

Der Chefredakteur von „Focus Money" hat die aktuelle Situation Deutschlands in der Euro-Zone in folgender Parabel allgemein verständlich beschrieben: „ Ein Mann hatte 18 Freunde. 16 davon waren pleite. Sie gaben jedes Jahr mehr aus, als sie einnahmen. 13 waren sogar überschuldet. Ob sie ihre Kredite dauerhaft würden bedienen können, erschien mehr als fraglich. Eines Tages beschwatzten die Freunde den Mann: ‚Leih uns doch bitte Geld! Du kriegst es auch bestimmt zurück'. Und weil der Mann seine Freunde nicht verlieren wollte, tat er ihnen den Gefallen. Am nächsten Tag aber kamen die Freunde wieder: ‚Wir brauchen Geld, mehr Geld! Gib uns deine Scheckkarte, dann können wir selbst abheben, so viel wir wollen'. Der Mann stutzte: ‚Wozu braucht Ihr denn das viele Geld?', fragte er. ‚Ganz einfach', antworteten die Freunde. ‚Wir wollen mit dem Geld unsere Schulden bei den Banken zurückzahlen. Und danach kaufen wir dir mit deinem eigenen Geld dein Haus ab und dann auch noch dein Auto' " . Nur der Vollständigkeit halber: Die Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank v.a. gegenüber den südeuropäischen Schuldenländern haben die 800 Mrd. Euro-Marke überschritten. Diese Summe übertrifft das jährliche Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden. Exportweltmeister Deutschland liefert also weitgehend auf Pump gegen nicht verzinste und nicht abgesicherte Forderungen. Ob, wie und wann die Schuldenländer ihre gewaltigen Verbindlichkeiten zurückführen können und wollen, ist derzeit völlig offen.

„Zutiefst beunruhigend"

Feri Investment Research zeichnet ein düsteres Bild der Zukunft. Sorgen bereite vor allem „der bedenkenlose und ignorante Umgang zahlreicher Regierungen" mit dem Thema „Staatsschulden & Defizite". Kaum eine Regierung scheine Staatsverschuldung noch ernst zu nehmen. Die Nonchalance großer, scheinbar aufgeklärter Länder beim Umgang mit ihren künftigen Zahlungsverpflichtungen sei zutiefst beunruhigend. Nach Einschätzung der Anlageexperten scheinen die politischen Entscheidungsträger fest zu planen, „Staatsschulden entweder

- durch deutlich steigende Inflation gezielt und systematisch zu entwerten (bereits in Kraft), oder
- von der jeweiligen Notenbank aufkaufen (und später entwerten) zu lassen, oder (noch schlimmer)
- in irgendeiner Weise ausfallen zu lassen (Default)"

Jedes dieser Szenarien würde auf ein „Endspiel" hinauslaufen, in dem Investoren / Bürger enteignet würden, zumindest partiell. Bei nüchterner Betrachtung ist keines dieser Szenarien zukünftig noch auszuschließen. Im Gegenteil: In Teilbereichen laufen bereits einzelne dieser Varianten, so etwa in Japan. Investoren sollten sich damit vertraut machen und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen."

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Rekordverdächtig

DDer seit 2013 anhaltende Aufschwung der deutschen Wirtschaft gewinnt nach Einschätzung des ifo-Instituts weiter an Stärke und Breite. Die Konjunkturforscher haben ihre Wachstumsprognose für 2017 von 1,5 % auf 1,8 % angehoben. Im nächsten Jahr soll sogar ein Zuwachs von 2 % geschafft werden. Treiber im Inland sind vor allem der starke Privatkonsum und die anhaltend hohe Bautätigkeit, die in diesem Jahr um 3 % und 2018 um 3,1 % zulegen soll. Bei den Exporteuren ist die Stimmung auf ein Sechsjahres-Hoch gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juni 2017 mit 2,473 Mio. Menschen auf den niedrigsten Stand seit 1991 gefallen. Dagegen hat die Zahl der Beschäftigten mit 44,1 Mio. den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Der im Ausland oft kritisierte Überschuss der deutschen Leistungsbilanz soll bis 2018 weiter auf 279 Mrd. Euro steigen, prozentual zur wachsenden Wirtschaftsleistung mit rund 8,3 % aber nahezu stabil bleiben.

Schuld und Tilgung

Der Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden ist Anfang 2017 erstmals seit sechs Jahren unter die Marke von 2 Billionen Euro gefallen. Die öffentlichen Kassen profitieren von konjunkturbedingt hohen Steuer- und Beitragseinnahmen sowie den niedrigen Zinsen. Gleichwohl wird die Schuldenquote Ende 2017 mit 66,25 % immer noch über dem Maastricht-Limit von 60 % liegen. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung geht davon aus, dass diese Maximalvorgabe erst 2020 wieder unterschnitten werden kann. Zuletzt war dieses angeblich verbindliche Kriterium von deutscher Seite vor 15 Jahren eingehalten worden. Der Bund der Steuerzahler hat gefordert, den aktuell warmen Regen für einen schnelleren Schuldenabbau zu nutzen. Dieser löbliche Appell konnte bisher weder bei der GroKo noch bei den Oppositionsparteien auch nur einen Hauch von Zustimmung verzeichnen. Gerade in Wahlkampfzeiten überwiegt bekanntlich die Neigung, durch die wählerwirksame Ankündigung neuer sozialer Wohltaten gezielte Klientelpolitik zu betreiben. Da bleibt keine Zeit, um sich über Schuldenlasten künftiger Generationen Gedanken zu machen. In der Kurzfristigkeit des Denkens, Planens und Verantwortens offenbart sich immer wieder eine zentrale Schwäche der Demokratie.

„EU-Vertiefung"

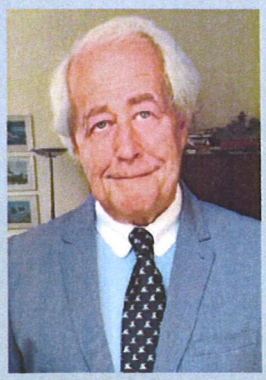
Wenn ausländische Spitzenpolitiker eine „Vertiefung" der EU fordern, ist für deutsche Steuerzahler Gefahr im Verzuge. So verlangt die Europäische Kommission mit ihrem neuen „Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion" eine Verlagerung von Staatsausgaben auf die europäische Ebene. Dabei geht es um einen europäischen Finanzminister mit eigenem Euro-Budget, um gemeinsame soziale Absicherungssysteme, eine gemeinsame Einlagensicherung und die gemeinsame Haftung für Euro-Bonds. Damit würde die aus deutscher Sicht verheerende Festschreibung einer Transfer- und Schuldenunion mit der Bundesrepublik als allseits verpflichtetem Zahlmeister brutale Realität. Vor allem der neue französische Staatspräsident scheint in dieser Sanierung zulasten Dritter einen eleganten Weg zu sehen, um seinem Land überfällige und unpopuläre Strukturreformen ersparen zu können. Hans-Werner Sinn sieht diese Absichten außerordentlich kritisch. Macron plane ein großes Transferprogramm, um Steuermittel und Bonität vom Norden in den Süden Europas zu übertragen. Ein Negativbeispiel für verpasste Reformen sei Griechenland, das von der EZB und dem Rettungsschirm Transferzahlungen im Wert von 36 Marshallplänen erhalten habe. Davon seien zu je einem Drittel die Banken gerettet, der griechische Lebensstandard gehalten und – „perverserweise" – ausländische Investitionen finanziert worden. So hätten griechische Wohnungsbaugesellschaften in Berlin Immobilien gekauft. Vor diesem Hintergrund empfiehlt Sinn Frankreich wirkliche Strukturreformen in Sinne einer Agenda 2010. Generell könne Europa nur funktionieren, wenn jedes Land für seine Verpflichtungen selbst einstehe.

Kein Wahlkampfthema?

Noch zeigt die Bundesregierung demonstrative Ablehnung gegenüber der Übernahme weiterer Haftungsrisiken für europäische Schuldenländer. Gleichzeitig ist die Kanzlerin offensichtlich um eine Stärkung der Politachse Berlin-Paris bemüht. Hauptstadtinsider sind fest davon überzeugt, dass nach der Bundestagswahl ganz unauffällig eine neue Ära der europäischen „Solidarität" beginnen wird. Ob Rot-Rot-Grün, Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb-Grün oder Schwarz-Gelb, alle denkbaren Koalitionen werden der staunenden Bevölkerung erklären, dass mehr „Flexibilität" bei der finanziellen Alimentierung der Südländer im nationalen Interesse liege, weil Deutschland in besonderem Maße vom Euro profitiere. Unterschiede dürfte es allenfalls bei der parteiprogrammatischen Belastbarkeit der einzelnen Akteure geben. Spätestens dann werden finale Weichen für die Lebensbedingungen künftiger Generationen gestellt. Dass dieses zentrale Zukunftsthema – wie in einer stillschweigenden Allparteienkoalition abgestimmt – im Wahlkampf offenbar nicht für allgemeine Verunsicherung sorgen soll, lässt bei kritischen Zeitgenossen alle Alarmlampen angehen. Ein altgedienter Wirtschaftsjournalist merkt desillusioniert an: „2018 wird für Deutschland zum Schicksalsjahr. Frau Merkel wird nicht nur im Amt bleiben, sondern auch die Wende zur Schuldenunion vollziehen. Wahrscheinlich wird dann der Bundesbankpräsident wegen der Euro-Bonds zurücktreten. Ansonsten zieht die Karawane weiter – wohin auch immer…."

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus



Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

„Gut und gern"

Wie im Schlafwagen dämmert Deutschland der Bundestagswahl im September entgegen. Das Wahlvolk scheint in eigentümlicher Weise auf Distanz zu seinen zunehmend ratlosen Politikern gegangen zu sein. Die urlaubende Bundeskanzlerin sorgt allenfalls durch Garderobenfragen in Bayreuth oder bei der Bergwanderung für medialen Gesprächsstoff. Der Herausforderer, der die blanke Angst vor einem Abstimmungsdesaster wie ein schlechtes Parfüm zu verströmen scheint, sucht ebenso hektisch wie erfolglos nach zündenden Mobilisierungsthemen. Die vier kleinen Parteien, die Prognosen zufolge allesamt im Plus-Minus-Korridor von 8 % herumwuseln, bemühen sich mit mehr oder weniger originellen Geistesblitzen um verstärkte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Der anlaufende Plakat-Wahlkampf offenbart erschreckende Defizite an Eigenständigkeit und Kreativität. Beliebigkeit und Austauschbarkeit scheinen das Maß der Dinge zu sein. Der von teuren Werbeagenturen entwickelte „Tiefgang" verschlägt selbst dem leidgeprüften Betrachter mitunter die Sprache. Da wirbt die CDU für „Mehr Respekt vor Familien", „Für Sicherheit und Ordnung" und „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gern leben". Die SPD verspricht ritualisierend mehr Bildung, höhere Renten, gerechte Löhne und eine bessere Familienpolitik. Die Grünen stellen in einer intellektuellen Großtat fest: „Zwischen Umwelt und Wirtschaft gehört kein Oder." Die Linke plädiert – wer hätte das gedacht – für „Frieden", „Respekt", „Nähe" und die höhere Besteuerung von Millionären. Die FDP fokussiert sich auf an Boss-Werbung erinnernde Abbildungen ihres Vorsitzenden. Und die AfD plakatiert ihre offenbar nicht mehr durchgängig geschätzte Parteivorsitzende im Stil eines Mutterschaftsurlaubs. Kein Wunder also, dass das Wahlvolk derzeit auf einen neuen Minus-Rekord bei Desinteresse und Demobilisierung entschlafen zu sein scheint. All das lädt zur satirischen Betrachtung ein, obwohl die damit verbundene Politikverweigerung auf Sicht die Basis des demokratischen Systems infrage stellt. Diejenigen, die überhaupt noch wählen gehen, lassen sich meist vom Prinzip des kleineren Übels leiten. Nur noch selten wird der Weg zur Urne von politischer Überzeugung bestimmt. Übrigens: Am Tag der Entstehung dieser Kolumne wird gemeldet, dass ein (vermutlich anderer) Martin Schulz die Wahl zum „Deutschen Grillmeister" gewonnen hat. Immerhin etwas.

Systemwechsel

Die EZB ist dabei, über den Umweg der Finanzmärkte unsere Wirtschaftsordnung zu unterhöhlen. Zu diesem Ergebnis kommt Prof. Gunther Schnabl (Universität Leipzig) in einer neuen Studie. Er misst das Agieren der EZB an den vom Ökonom Walter Eucken formulierten acht Prinzipien für wirtschaftliches Handeln, die einst Ludwig Erhard mit dem Slogan „Wohlstand für alle" populär gemacht hat. Schnabl fasst die Systemverstöße folgendermaßen zusammen:

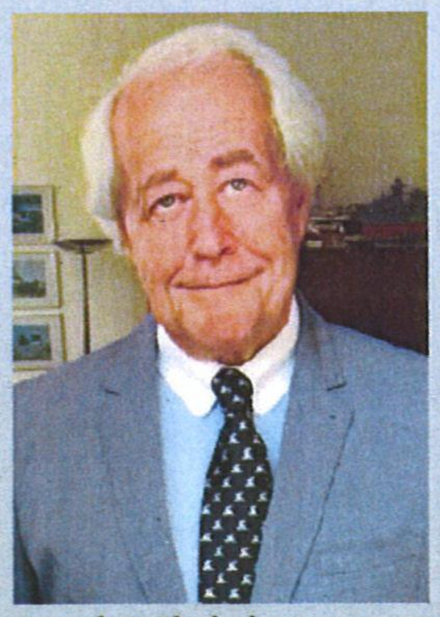
1. Freie Preise: Indem die EZB den Zins als Preis für Kapital auf null gedrückt hat, hat sie dessen Informationsfunkton außer Kraft gesetzt. Risiken, z. B. von hoch verschuldeten Staaten, werden nicht mehr durch hohe Zinsen angezeigt. Das lädt zum Schuldenmachen ein. Zudem werden viele Investitionsprojekte finanziert, die eigentlich nicht rentabel sind.
2. Stabile Währung: Die Inflation findet heute auf den Finanzmärkten statt. Weil das Geld billig ist, schießen in wilden Zyklen die Aktien- und Immobilienpreise nach oben.
3. Freier Wettbewerb: Indem die ultralockere Geldpolitik die Margen im traditionellen Kreditgeschäft drückt, untergräbt sie das traditionelle Geschäftsmodell der Banken. Insbesondere kleinere Banken müssen fusionieren und der Bankensektor wird monopolisiert.
4. Privateigentum: Ob es im Finanzsektor noch Privateigentum gibt, ist fraglich. Denn würde die Europäische Zentralbank den Zins wieder deutlich anheben, dann könnten viele Kredite nicht zurückgezahlt werden. Zahlreiche Banken würden in Schieflage geraten und müssten verstaatlicht werden.
5. Vertragsfreiheit: Die Vertragsfreiheit im Finanzsektor wird durch eine wachsende Regulierung eingeschränkt. Denn zunächst begünstigt das billige Geld Finanzmarktblasen. Wenn die Blasen platzen, dann wird die Anzahl der Regulierungsbeamten aufgestockt.
6. Haftungsprinzip: Am schwersten wiegt jedoch das fehlende Haftungsprinzip auf den Finanzmärkten. Seit den späten 1980er Jahren haben die Zentralbanken in Boom-Phasen auf den Finanzmärkten die Zinsen nur zögerlich erhöht, um die gute Laune nicht zu stören. Hingegen haben sie in Finanzkrisen die Zinsen schnell und deutlich gesenkt, um starken Kurseinbrüchen entgegenzuwirken. So haben die geldpolitischen Rettungsaktionen über einen langen Zeitraum hinweg verhindert, dass Spekulanten für Verluste haften. Also wird immer mehr spekuliert statt investiert.
7. Fehlende Konstanz: Mit der wachsenden Dimension von Blasen und Krisen wurden auch die geldpolitischen Rettungsaktionen immer umfangreicher. Ultra-niedrige Zinsen und immense Aufkaufprogramme für Staatsanleihen sind die Folge. Das jüngste Kaufprogramm der EZB umfasst 2250 Milliarden Euro, also knapp 7000 Euro pro Eurozonen-Bürger. Von Konstanz der Wirtschaftspolitik kann da keine Rede mehr sein.
8. Alle Prinzipien müssen zusammenwirken: Im Ergebnis ist aus Sicht der Finanzmärkte jedes einzelne von Walter Euckens konstituierenden Prinzipien nicht mehr erfüllt.

Es ist mehr als erstaunlich, dass ein solch zentrales Zukunftsthema im Wahlkampf keinerlei Rolle zu spielen scheint.

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Nach der Wahl

Deutschland hat gewählt. Die Anzahl der rein rechnerisch möglichen Koalitionen hatte sich im Vorfeld reduziert. Jede neue Bundesregierung steht nun vor einer Fülle ungelöster Probleme und Herausforderungen. Weit oben auf der Agenda rangieren die Integration der Migranten und die Regelung der künftigen Zuwanderung. Aufflackern dürfte schon bald wieder der im Wahlkampf konsequent vernebelte Handlungsbedarf bei der Euro- Rettung. Der überfällige Schuldenschnitt für Griechenland ist nur noch eine Frage der Zeit, wie auch immer man diese Maßnahme camouflieren wird. Völlig offen ist, ob und wie die EZB ohne katastrophale ökonomische Flurschäden aus ihrer aberwitzigen Nullzinspolitik aussteigen kann. Abzuwarten bleibt, ob die neue Bundesregierung den konzertierten Bemühungen der EU und der interessierten Länder um eine endgültige Weichenstellung in die irreversible Währungs- und Schuldenunion widerstehen kann bzw. will. Frankreich und Italien, die sich aus taktischen Gründen mit derartigen Forderungen im Bundestagswahlkampf zurückgehalten haben, werden schon bald – unter dem Deckmantel der „europäischen Vertiefung", tatsächlich aber aus finanziellen Eigeninteressen – die noch weitergehende, für Deutschland verhängnisvolle Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken verlangen. Die von früheren Bundesregierungen aus gutem Grund verhinderten Euro-Bonds scheinen – mit welchem Etikett auch immer – nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Wenn der französische Staatspräsident einen gemeinsamen Haushalt aller Euro-Staaten fordert, um „gemeinsam Geld an den Märkten aufnehmen und es mit ausreichender Schlagkraft zuteilen" zu können, dann soll das Bail-out-Verbot der EU-Verträge nun auch offiziell durch die Hintertür abgeschafft werden. Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass die deutsche Politik dem massiven Druck der Schuldenländer aus Gründen angeblicher europäischer Solidarität Schritt für Schritt nachgeben wird, natürlich möglichst unauffällig.

Hund und Wurst

Die EZB hat immer wieder behauptet, mit ihrer fortgesetzten Euro-Rettung „Zeit zu kaufen". Der Ökonom Markus Krall merkt dazu an: „Die Vorstellung, die Regierungen könnten diese erkaufte Zeit im Sinne einer Konsolidierung der fiskalischen Lage nutzen, zeigt nur die Ignoranz der Akteure hinsichtlich des Moral Hazard, den sie damit schaffen. Genauso gut könnte man einem Heroinabhängigen einen Vorrat seiner Droge schicken, damit er Zeit kaufen kann, ohne Entzugserscheinungen von ihr loszukommen. Jedem, der sich je mit der Frage ökonomischer Anreize und politischer Ökonomie befasst hat, ist klar, dass das grober Unfug ist. Nein, die Sache verhält sich anders: Wir haben mit der undemokratischen und von den Folgen des eigenen Handels entkoppelten Stimmrechtsverteilung im EZB- Rat dem Hund die Schlüssel für den Wurstvorrat gegeben. Hier wird nicht Zeit gekauft, hier wird der Vorrat geplündert in dem vollen Wissen, dass man den Untergang der Währung riskiert."

„A la bonne heure"

Das als „TV-Duell" angekündigte Elefanten-Treffen von Angela Merkel und Martin Schulz verlief inhaltlich und perspektivisch eher enttäuschend. Wirklich geliefert haben allenfalls die Satire-Beauftragten. Allgemeine Heiterkeit hat eine Google-Anzeige ausgelöst, mit der die SPD schon 12 Stunden vor dem Gipfel verlautbarte: „Merkel verliert klar gegen Martin Schulz." Diese seherische Gabe lässt in der Tat strategischen Weitblick erkennen. Bemerkenswert waren auch die mehrfachen Hinweise der beiden Kandidaten auf von ihnen zu unterschiedlichen Zeitpunkten und Anlässen geführte, tatsächlich oder vermeintlich geschichtsträchtige Telefonate. Der Herausforderer wollte sich damit als unbürokratischer Macher ins öffentliche Bewusstsein einbrennen. Die Amtsinhaberin konterte routiniert mit der Ankündigung international anstehender Telefonate mit den Großen dieser Welt, um dem Mitbewerber seine eher provinzielle Dimension vor Augen zu führen. Die Wähler jedenfalls dürften sich an diesem Abend wohlig auf dem Sofa zurückgelehnt haben in Anerkennung der Tatsache, dass moderne Kommunikationsmittel wie Fernsprechanlagen heutzutage auch von Spitzenpolitikern regelmäßig genutzt werden. Staatsmännische Dimension bewies der Herausforderer übrigens durch seine ebenso souveräne wie polyglotte Lebensart, der Kanzlerin gönnerhaft punktuelles Lob zu zollen: „Finde ich toll, Frau Merkel, à la bonne heure". Auch hier bewies die Kanzlerin mit allenfalls müdem Lächeln hochgradige Teflon-Qualitäten im Bewusstsein, dass man vergiftetes Lob am besten noch nicht einmal ignorieren sollte.

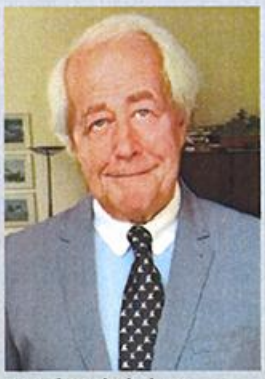
„Ich würde mal sagen"

Als rhetorische Sternstunde dürfte die Erklärung des Herausforderers zu der von ihm geplanten Steuersenkung für Durchschnittsverdiener in die Geschichte eingehen. Auf Wunsch eines Moderators im TV-Duell führte der Kandidat zur Erläuterung seines offenbar komplexen Vorhabens wörtlich aus: „Bei 3500 Euro, verheiratet, werden wir deutlich entlasten, indem der Spitzensteuersatz deutlich später erhoben wird und der Steuersatz absinkt… ich würde mal sagen, Nettoeinkommen, wenn die Kita-Gebühren um die 150 bis 180 Euro liegen, die fallen weg, und der Steuersatz, den wir erheben, angewendet wird, und die Parität bei der Krankenversicherung, also jetzt nicht mehr den Zusatzbeitrag, den die Arbeitnehmer alleine zahlen müssen, im Monat inklusive der Kita zwischen 200 und 250 Euro weniger Belastung." Alles klar?

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Mit Rückenwind

Die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute sehen Deutschland in ihrem Herbstgutachten „in einer wirklich wunderbaren Verfassung". Die neue Bundesregierung starte mit konjunkturellem Rückenwind. Im laufenden Jahr soll das BIP um 1,9 % wachsen, bereinigt um die Arbeitstage sogar um 2,2 %, das größte Plus seit 2010. Im nächsten Jahr soll die Konjunktur 2 % zulegen, in 2019 1,8 %. Kritik üben die Wirtschaftsweisen an der zu wenig wachstumsorientierten Politik der scheidenden Bundesregierung, die stark von der Niedrigzinspolitik der EZB profitiert habe. Auf der Haben-Seite sei kaum mehr zu verbuchen als die Flexi-Rente. Der Rest sei Umverteilung gewesen, wie Mindestlohn, Rente mit 63 und Mütterrente zeigten. Deutschland nähere sich immer mehr der Vollbeschäftigung. Im kommenden Jahr werde die Zahl der Arbeitslosen erstmalig seit 1991 unter die Marke von 2,5 Mio. fallen. Angesichts steigender Budget-Überschüsse im Bundeshaushalt von 37 Mrd. Euro in 2018 und 44 Mrd. Euro in 2019 solle der Staat den Bürgern zumindest einen Teil des Geldsegens zurückgeben. Gedacht wird dabei vorrangig an Korrekturen bei der Steuerprogression und an den Wegfall des Solidaritätszuschlags. Für die Geringverdiener bestehe Spielraum bei den Sozialabgaben und der Arbeitslosenversicherung. Appelliert haben die Wirtschaftsweisen an die neue Bundesregierung, den demografischen Wandel sowie seine Auswirkungen auf das künftige Wirtschaftswachstum und die Rentenversicherung nicht einfach auszusitzen.

„Zutiefst undemokratisch"

Der frühere EZB-Chefvolkswirt Otmar Issing hat massive Fehlentwicklungen des Euro kritisiert und vor einer stärkeren Zentralisierung in der EU gewarnt. Der Ökonom wörtlich: „Für mich war es immer merkwürdig, dass man im Zusammenhang mit dem Euro über die politische Integration gesprochen hat und dabei die Vergemeinschaftung der Finanzen und Schulden im Kopf hatte." Zu dem entsprechenden Vorschlag des französischen Staatspräsidenten merkte Issing an: „Durch die Hintertür innerhalb des bestehenden Rahmens einen Finanzminister einzuführen, der in Europa das Sagen haben soll, ist zutiefst undemokratisch." Nach seiner Überzeugung soll die EZB „lieber heute als morgen" den Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik einleiten. Denn: „Je länger man wartet, desto schwerer wird die Normalisierung."

„In Gottes Namen"

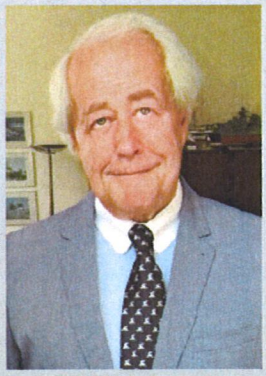
Was muss eigentlich noch geschehen, damit Politiker den Wählerwillen mit Respekt als verbindliche Vorgabe und Verpflichtung für künftiges Handeln akzeptieren. Am Abend der Bundestagswahl hielt sich der von den Hauptakteuren geäußerte Erkenntnisgewinn in erschreckend engen Grenzen. Die Amtsinhaberin wurde ebenso wie der Herausforderer in ihren jeweiligen Parteizentralen gefeiert, als hätten sie gerade epochale Wahlsiege errungen. Dass beide Volksparteien jeweils über ein Fünftel ihrer Wählerstimmen verloren hatten, ging im Trubel der allgemeinen Verdrängung und Selbstbeweihräucherung unter. Die Kanzlerin merkte allenfalls in der ihr eigenen Gelassenheit an, dass sie sich schon „ein etwas besseres Ergebnis" gewünscht habe. Auch am nächsten Tag hatte das Realitätsbewusstsein kaum zugenommen. Im O-Ton hieß es: „Ich bin nicht enttäuscht. Wir haben unsere strategischen Ziele erreicht." Vor Journalisten erklärte Angela Merkel: „Ich kann nicht erkennen, was wir anders hätten machen sollen." Und auf die ungläubige Rückfrage, ob sie nicht Verantwortung für das schlechteste Wahlergebnis der Union seit 1949 trage, kam die reichlich schnodderige Antwort: „Ich übernehme die Verantwortung, in Gottes Namen." Selten zuvor ist die Arroganz der Macht in nur einem Satz so verächtlich artikuliert worden.

Die Zukunft des Euro

Zu welcher Europa-Politik sich die Jamaica-Koalition durchringen will und kann, ist derzeit völlig offen. Offen ist zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Kolumne allerdings auch die Frage, ob es überhaupt zu einer an die Quadratur des Kreises erinnernde schwarz-gelb-grüne Liaison kommen wird. Der bisherige Finanzminister Schäuble ist – vielleicht als politisches Vermächtnis – auf demonstrative Distanz zu Plänen Macrons gegangen, die unter dem Deckmantel der europäischen Integration und Solidarität auf die irreversible Verpflichtung Deutschlands als Zahlmeister Europas abzielen. Bei dem von Macron geforderten, womöglich schuldenfinanzierten Extra-Haushalt handele es sich um eine Schuldenvergemeinschaftung, „die falsche Anreize setze, fundamental rechtliche Fragen aufwerfe und die Stabilität der ganzen Eurozone infrage stellt." Und zu den seit langem von den Schuldenländern verlangten Euro-Bonds heißt es in einem Arbeitspapier des Finanzministeriums: „Für wie auch immer genannte Gemeinschaftsanleihen mit denen die geplante Fiskalkapazität finanziert werden soll, gibt es auf den Finanzmärkten keinen Bedarf." Die FDP hat ihr politisches Revival nicht zuletzt ihrem Eintreten gegen weitere Aufweichungen der Euro-Politik zulasten der deutschen Steuerzahler zu verdanken. Schon vor Beginn der Sondierungsgespräche hat der Grünen-Politiker Trittin dem Koalitionspartner in spe einen nicht zu akzeptierenden „Euro-Chauvinismus" vorgeworfen. Wie man sich hier im Sinne einer Jamaica-Koalition auf einen Nenner einigen will, erscheint derzeit ziemlich rätselhaft. Für die FDP kommt schon bald die Stunde der Wahrheit. Sollte die Partei in einer derart wichtigen Zukunftsfrage umfallen, braucht sie bei der nächsten Bundestagswahl gar nicht mehr anzutreten.

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus



Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Sondierungs-Rituale

Politik verkommt immer öfter zur Realsatire. Diesem Eindruck kann sich kaum verschließen, wer die abendliche TV-Präsentation der neuesten Sondierungsgespräche verfolgt. Da trotten die Generalsekretäre der vier beteiligten Parteien im Gänsemarsch vor die Mikrofone, um mit staatstragender Miene Selbstverständlichkeiten und Banalitäten zu verkünden. Oft verfallen die Akteure in den bekannten Modus vergangener (oder vielleicht schon baldiger) Wahlkampfreden. Zentrale Intention ist dabei, den jeweils eigenen Parteigängern durch ideologisch beinharte Linientreue zu imponieren. Bereichert wird die Show durch regelmäßige Balkonauftritte der Verhandlungsführer, die sich im Blitzlichtgewitter herzen und umarmen, gute Laune versprühen und richtungsweisend auf die Kameras zeigen. Über zwei Wochen nach Beginn der Sondierungsgespräche wachsen die Zweifel, ob die Quadratur des Kreises überhaupt seriös und dauerhaft gelingen kann. Offenkundig himmelweite Diskrepanzen in Grundsatzfragen werden durch homöopathisch eingesetzte Sympathiebekundungen vernebelt. Wie diese vier Parteien bei wichtigen Zukunftsthemen wie Migration, Umweltschutz und Euro-Politik auf einen gemeinsamen Nenner kommen sollen, erscheint rätselhaft. Allenfalls bei der Vergabe lukrativer Ämter und Posten scheint die Phantasie von CDU, CSU, FDP und Grünen grenzenlos zu sein. Ein altgedienter Hauptstadt-Zyniker hat als Alternative empfohlen, die geschäftsführende Regierung unbegrenzt im Amt zu lassen, weil politische Untätigkeit immer noch besser sei als Jamaica-Chaos. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Kommentars drängt sich der Eindruck auf, dass einer im Wege äußerst fauler Kompromisse entstehenden Vier-Parteien-Regierung wohl nur eine äußerst begrenzte Halbwertzeit beschert sein dürfte. Vor diesem Hintergrund erscheinen baldige Neuwahlen als das kleinere Übel.

„Pastoralisierung"

Ungewohnt kritisch befasst sich der „Spiegel" mit den Perspektiven einer grünen Regierungsbeteiligung. Redakteur Jan Fleischhauer scheint Katrin Göring-Eckardt als mögliche „Nebenkanzlerin" besonders ins Herz geschlossen zu haben. Bei der Dame gelte der ständige Positionswechsel als Ausweis besonderer Standhaftigkeit. Typisch sei der Ton, mit dem sie den größten Binsen Weihe verleihe. Bei ihm – so der Autor – führe die ständige Pastoralisierung von Politik „zu allergischen Anfällen." Der Journalist weiter: „Was die Tonlage angeht, sind Grüne und CDU schon nah beieinander. Merkel und Göring-Eckhardt verstehen sich blind, wie es heißt. Das ist für alle, die für die Trennung von Staat und Kirche sind, keine gute Nachricht."

Rang 113

Im neuen Standortvergleich der Weltbank ist Deutschland bei der Wettbewerbsfähigkeit um drei Plätze auf Rang 20 zurückfallen. Außer der Bundesrepublik finden sich mit Finnland (Rang 13) und Irland (Rang 17) nur noch zwei weitere Euro-Länder unter den besten 20. Während der „Doing-Business-Report 2018" Deutschland gute Noten für die Insolvenzordnung gibt, bestehe erheblicher Nachholbedarf bei der Einfachheit einer Unternehmensgründung. Hier landet Deutschland nur auf dem alarmierenden Rang 113. Auch bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung hinke die Bundesrepublik, nicht zuletzt aus Datenschutzgründen, weit hinterher. Tabellenführer in puncto Wettbewerbsfähigkeit ist übrigens Neuseeland vor Singapur, Dänemark, Südkorea, Hongkong und den USA.

Energiewende

Der Herbststurm „Herwart" hat Ende Oktober nicht nur für wettermäßige Kapriolen gesorgt, sondern auch für Chaos am deutschen Energiemarkt. Der heftige Wind hat – von der Öffentlichkeit unbemerkt – fast den Strompreis kollabieren lassen und damit erneut erhebliche Konstruktionsfehler der Energiewende aufgezeigt: Immer wenn die Windräder und Solaranlagen mehr Energie produzieren als benötigt, stürzen die Preise in den Minusbereich ab. Ursächlich dafür ist das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG), das die Gesetze des Marktes systematisch ausschaltet. Private Verbraucher profitieren übrigens nicht von den Minuspreisen, sondern müssen mittelbar – in Gestalt der EEG-Umlage – sogar noch draufzahlen. Nutznießer dieses Negativpreis-Paradoxons sind Nachbarländer wie die Schweiz und Österreich, die Deutschland den überschüssigen Strom zunächst kostenfrei abnehmen und später zurück verkaufen.

Mit Volldampf in 2018

Der ifo-Geschäftsindex ist im Oktober auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Die Deka-Bank sieht die deutsche Wirtschaft auf den längsten Aufschwung seit Jahrzehnten zusteuern. Als Konjunkturtreiber wirkt nach wie vor die ebenso lockere wie problematische Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Fachleute rechnen jetzt frühestens im Sommer 2019 mit einer Leitzinswende der EZB. Der Ökonom Clemens Fuest hat die Senkung der monatlichen Anleihekäufe auf 30 Mrd. Euro als zu zögerlich bezeichnet. Investoren würden weiter in zunehmend riskante Anlagen getrieben. Außerdem steige die Solidarhaftung in der Eurozone. Gleichwohl: Deutschland startet mit einer BIP-Wachstumsprognose von mindestens 1,8 % gut gestimmt in das neue Jahr. Sinkende Arbeitslosigkeit, stabiles Konsumverhalten und steigende Exporterwartungen beflügeln die allgemeine Zuversicht. In der Eurozone ist das Wirtschaftsklima auf den höchsten Stand seit 2000 gestiegen, was für zusätzliche Außenhandelsimpulse sorgen dürfte.